

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktag

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg
2,25 Mk. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Wer-
bungstage oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeilspalte.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 297

Donnerstag, den 19. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Die Umwälzung im Reich.

Kriegsminister Scheuch über seinen Rücktritt.

Berlin, 17. Dez. Kriegsminister Scheuch erklärte einem Vertreter der „Nationalzeitung“ über seinen Rücktritt: Rohgebend waren für mich die unaufrichtigen Verleumdungen und Herabsetzungen des Offizierskorps. Die Hege fing am 9. 11. an. Damals wurde berichtet, Offiziere hätten sich im Marhall, im Schloß, im Kaffee Viktoria und bei Schinger verschanzt und auf das Volk geschossen. Kein Wort davon ist wahr. Trotzdem haben die gegen die Offiziere erhobenen Beschlagnahmen bis zum heutigen Tag andauert. Die von mir erteilten und natürlich von Herrn Gohre gegengezeichneten Befehle bringen nicht bis nach unten, da unverantwortliche Stellen und Personen ihre Ausführung zu verhindern wissen. Ferner wurde in der vorigen Woche ein mir direkt unterstellter Offizier, ohne daß mir vorher irgend welche Mitteilung gemacht wurde, verhaftet. Trotz meines mehrmaligen Einspruchs blieb er, obwohl seine Schuldsigkeit bewiesen ist, 5 Tage in Haft. Ich ernannte einen Kommandeur für Potsdam und zwar die für diese Stellung geeignete Person. Der genannte Offizier konnte sein Amt nicht antreten, da ein Soldat des Potsdamer A- und S.-Rats erklärte, er sei Kommandeur von Potsdam. Mit Herrn Gohre bin ich stets gut ausgekommen, auch haben zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und mir niemals persönliche Differenzen bestanden.

Landtagswahlen.

Neu-Strelitz, 17. Dez. Nach der heute erfolgten amtlichen Feststellung der Wahlergebnisse in Neu-Strelitz und Neu-Brandenburg sind in Neu-Strelitz gewählt: 9 Vereinigte Liberale und 9 Sozialdemokraten, in Neu-Brandenburg 6 Vereinigte Liberale, 2 Handwerkerbund und 1 Bauernbund. Das amtliche Wahlergebnis aus dem Fürstentum Rügen ist infolge von Fernprüfungsstörungen zur Zeit noch nicht eingetroffen. Nach den nichtamtlich bekannt gewordenen Zahlen sind dort gewählt: 3 Vereinigte Liberale und 3 Sozialdemokraten, so daß insgesamt in den verfassunggebenden Landtag, der am 19. Dezember zusammentritt, 21 Vertreter der bürgerlichen Partei und 12 Sozialdemokraten sitzen werden.

Immer neue Verschärfungen.

Berlin, 18. Dez. Die Vertreter Frankreichs bei den Waffenstillstandsverhandlungen haben angekündigt, wenn bis zum 18. Januar nicht die ausbedingten 5000 besten und stärksten Lokomotiven ausgeliefert seien, so werden als Strafe weitere 500 Lokomotiven verlangt werden.

Nach der Abreise des Präsidenten Poincaré aus Metz sollen dort 6 Geschäfte geplündert worden sein und der französische Gouverneur behauptet, daß daran zurückgebliebene Deutsche beteiligt gewesen seien. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt und zu Zwangsarbeit verurteilt werden.

Marshall Koch hat die Verbreitung rechtschweizerischer Zeitungen in den besetzten Gebieten verboten und das Verbot trotz des Protestes gegen die vertragswidrige Anordnung aufrecht erhalten.

Die Finanzabteilung der Waffenstillstandskommission in Spa hat ein Abkommen unterzeichnet, das die freie Verfügung der Reichsregierung über den Gold- und Silberbestand des deutschen Staatschatzes, der Reichsbank und der öffentlichen Kassen aufhebt und die Ausfuhr des Metalls ohne Genehmigung der Verbündeten verbietet.

Die Londoner „Times“ erfährt, Helgoland solle zunächst entwaffnet und entweder an Dänemark oder England fallen. Im Falle, daß es deutsch bleibe, werde es so vernichtet werden, daß es für Marinezwecke nie mehr brauchbar sei.

Dre Kongreß der A- u. S.-Räte

Berlin, 17. Dez.

Die Beratungen werden um 3 Uhr wieder aufgenommen.

Hedert: Nach einem Telegramm aus Elberfeld wird mit der Auflösung der A- und S.-Räte in der neutralen Zone fortgefahren. Ludendorff muß vor Gericht gestellt werden. Die Volksbeauftragten haben die Pflicht, mit rücksichtsloser Kraft gegen die Gegenrevolution vorzugehen.

Ein Schlußantrag wird eingebracht. Im Hammersprung stimmen für Schluß 278 Delegierte, dagegen 191.

Tropdem erhält noch Volksbeauftragter Barth den Wort: Unseren Kameraden im Osten droht der Zusammenbruch. Wir müssen in Moskau und Warschau alles tun, um zu einer Verständigung zu kommen. Verbrechen ist das Treiben der Militär-Kamarilla im Westen. Obwohl wir sofortige Demobilisation befohlen hatten, erfuhr uns am Samstag die Oberste Heeresleitung telegraphisch um unsere Zustimmung, 10 Kilometer hinter der neutralen Zone, wo die Truppen des Grenzschutzes stehen, die Bewachungsmannschaften der Soldatenräte aufzuheben (hört, hört). Haase, Wittmann und ich waren wie aus allen Wolken gefallen. Und was erklärte Ebert? „Vandenberg dazu? Ja, wir können doch unsere Grenzen nicht schloßlos lassen. (Großer Lärm. Rufe: Verräter.) Wer von einem Grenzschutz im Westen spricht, der begeht ein Verbrechen am deutschen Volk, denn der bedeutet heute die rücksichtslose Herausforderung der Entente (lebhafteste Zustimmung bei einem Teil der Versammelten), der bringt den Frieden in Gefahr. Wir müssen verlangen, daß unter-

schlüsse von der Militärautokratie ausgeführt werden... (erneuter Beifall). Wenn das nicht geschieht, müssen wir sie sofort zum Teufel jagen und ins Ritzchen schießen. Es steht fest, daß die rücksichtslose Militärautokratie in Berlin am Werke ist, sich zu stabilisieren. Die Soldatenräte sind aufgehoben mit dem Bemerkten, daß es nur noch Vertrauensräte der Fronttruppen geben sollte. Ich schlage vor: Der Rätekongreß möge beschließen: jedweder Grenzschutz, soweit er zur Demobilisation nicht notwendig ist, ist sofort im Osten und Westen aufzuheben, alle Truppen sind sofort zu demobilisieren, alle Offiziere sind bei Antritt in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten der Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf zu übernehmen und bei alten und kranken Offizieren eine Pension zu zahlen ist. Die Volkswehr ist schnellstens in ausreichender Weise zu schaffen.

Volksbeauftragter Ebert: Was Barth vorgetragen hat, sind Fragen, die einmütig im Kabinett angenommen sind, teilweise noch schweben. Wir haben von Anfang an, die schleunigste Heimführung unserer Truppen betrieben. (Sehr richtig!) Das Kabinett ist sich einig darüber, daß der Grenzschutz im Osten für unsere Soldaten notwendig ist. Der Grenzschutz im Westen wird immer wieder betont, deshalb sind Barths Angriffe nicht gerechtfertigt. (Lebhafteste Anrufe, Rufe: Nein.) So kann man nicht zusammenarbeiten. Wir müssen uns vorbehalten, wenn nicht Sicherungen getroffen werden, zu entscheiden, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, unser Amt weiter zu führen. (Lebhafter Beifall, Hochrufe, dauernde Anrufe.) Die weitere Aussprache über diesen Punkt wird ausgesetzt.

Etwa 30 Soldaten mit Plakaten, die ihren Truppenanteil angeben, rufen in den Saal ein. Der Sprecher gibt ihre Forderungen bekannt. 1. Einsetzung eines Obersten Soldatenrates, der die Kommandogewalt ausübt. 2. Die Rangabzeichen sind verboten. 3. Die Offiziere sind zu entwaffnen. 4. Für die Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Redner bittet, die Anträge sofort zu erledigen.

Der Vorsitzende Seeger: Wir nehmen diese Anträge entgegen und werden sie sofort zur Diskussion stellen. Ein Soldatenrat erklärt: Heute sei dies nicht mehr möglich. (Es kommt zu ungeheurem Lärm, der stärker wird, als Vordurch das Wort nimmt, um die sofortige Erledigung zu fordern. Die Mehrheitssozialisten schieden sich an, unter Protest den Saal zu verlassen. Neuer Lärm.)

Volksbeauftragter Haase mahnt zur Ruhe und beantragt Vertagung. Die Soldaten könnten versichert sein, daß bei der morgigen Beratung ihre Rechte vollumfänglich gewahrt würden. Nach 6 Uhr wird beschlossen, das Haus zu vertagen. (Tosender Lärm.)

Berlin, 18. Dez.

In der heutigen Sitzung wird zunächst die Geschäftsordnung angenommen. Dann folgt die Beratung der gestern überreichten Anträge der Garde-Regimenter. Ein sozialistischer Vertreter Hamburgs führt aus: Die Weisheit der Hamburger Kameraden stellt die gleichen Forderungen, wie die Berliner. Die Sache kann nicht im Bausch und Bogen erledigt werden. Es ist ein Unterschied zwischen dem achtzehnjährigen Leutnant, der die Rekruten drangaliert und einem militärwissenschaftlich durchgebildeten Offizier. Wir schlagen vor, daß die Ein-

zelheiten der Volksbeauftragten und der Kontrolle der Volksrats überlassen werden.

Marinevertreter Tosi: Die gestrigen Vorfälle sind auf die Stadtkommandantur zurückzuführen. Die Kameraden sind zu diesem Schritt getrieben worden. Unliebsame Offiziere müssen verschwinden.

Sahm (Difront): Wir hatten gestern den Eindruck, daß es sich um eine politische Demonstration handelte, nicht um die Betonung der Wichtigkeit der Forderungen. (Lebh. Zustimmung.) Dagegen müssen wir uns wehren. Die Berliner stellen sich selber ein Armutszeugnis aus, daß sie sich nicht selbst helfen können. Wir haben viel erreicht.

Vorsitzender Leinert teilt einen Zusatzantrag mit: Die Kommandogewalt der Garnisonen liegt in der Hand der örtlichen A- und S.-Räte.

Bogt-Breslau: Im ganzen Reich außer in Berlin sind die Anträge schon durchgeführt, nur in Berlin scheint man über dem Reden das Handeln zu vergessen. Das Bild von gestern Abend kann uns keinen Respekt verschaffen.

Däumig, Mitglied des Volksrats Berlin: Bei der Revolution sollte zunächst der Militarismus beseitigt werden. Die Spitze ist weggefallen, aber sein Geist ist noch sehr lebendig. Wir sind in Berlin noch nicht so weit, weil wir immer auf Widerstand bei den Volksbeauftragten gestoßen sind. Es bereitet sich wieder etwas vor. Der Rat der Volksbeauftragten muß jetzt einen Kriegsminister einsetzen, der das Vertrauen der A- und S.-Räte besitzt und auch nachgeordnete Leute einsetzt, die von dem neuen Geist befehl sind.

Ein Vertreter der Westfront: Von der Westfront vermag kein Kamerad die Verantwortung für die Demobilisation zu übernehmen. Es geht nicht an, alle Offiziere abzujagen.

Vorsitzender Leinert teilt mit, daß die gestrige Deputation der Gardetruppen wieder erschienen sei. Sie wünsche mit den Vertretern der Fraktionen zu verhandeln. Ihre Forderungen wollen sie abändern.

Im Kongreß haben sich vier Fraktionen gebildet: Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Soldaten und Demokraten. Letztere zählen 21 Mitglieder.

Cohen hat den Antrag eingebracht, die Wahl zur Nationalversammlung auf den 19. Januar anzusetzen.

Biegler-Württemberg beantragt freundschaftliche Beziehungen zum revolutionären Rußland.

Reinert-Kassel beantragt die Wahl eines vorläufigen Präsidenten der deutschen Republik und bringt Ebert und Preuß in Vorschlag.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß wieder einige Deputationen, darunter Vertreter der Berliner Arbeiter, erschienen, welche drohten, daß sie, falls man sie nicht vorlasse, morgen mit 250 000 Arbeitern die Arbeit niederlegen wollten. Das gleiche Recht wie die Berliner müßten alle deutschen Arbeiter haben und unsere Beratungen fortgesetzt unterbrechen können. Wohin kommen wir dann! Es wird fast einstimmig beschlossen, für den Empfang von Deputationen einen besonderen Saal zur Verfügung zu stellen. In diesem Augenblick erscheint eine große Arbeiterdeputation im Saale. Sie trägt rote Plakate und rote Fahnen. Vorsitzender Leinert macht die Deputation auf den soeben gefassten Beschluß aufmerksam und bittet sie, sich damit zu bescheiden. Der Führer der Abordnung versucht zu sprechen; wird aber durch großen Lärm und die Präsidentenglocke überdünnt. Schließlich versteht sich der Vorsitzende dazu, diesmal noch die Forderungen der Arbeiterschaft anzuhören, da auch die Soldaten zu Worte gekommen seien. Der Führer trägt die Forderungen vor: 1. Deutschland eine einheitliche sozialistische Republik. 2. Alle Nacht den A- und S.-Räten. 3. Räumung des Saals der Volksbeauftragten. 4. Beseitigung des Rats der Volksbeauftragten. 5. Maßnahmen zum Schutz der Revolution. 6. Entwaffnung der Gegenrevolution. 7. Bewaffnung des proletarischen Volksrepublik. — Nachdem Leinert die Forderung zur ordnungsmäßigen Erledigung entgegengenommen hat, verläßt die Abordnung schließlich den Saal.

Neues vom Tage.

Amerikanischer Vorschlag zu den Friedensbedingungen.

Zürich, 18. Dez. Aus Neu-York wird der Neuen Korrespondenz gemeldet, der republikanische Senator Lodge habe der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten 21 Bedingungen als Grundlage für die Friedensverhandlungen vorgelegt, die vom Nationalausschuss, in dem alle nationalen Gesellschaften der Vereinigten Staaten vertreten sind, einstimmig gebilligt worden seien. (Da die besonders deutschfeindliche republikanische Partei im Repräsentantenhaus und im Senat die Mehrheit hat, so würde — wenn anders die Züricher Meldung zutrifft — mit der Annahme der Gewaltfriedensbedingungen durch den amerikanischen Kongress wohl zu rechnen sein, und daß sie bei den Entente-mächten volles Verständnis finden würden, so ungeheuerlich sie sind, kann wohl nicht bezweifelt werden. D. Schr.) Die Bedingungen lauten nach der N. A.:

1. Die Herausgabe aller von den Zentralmächten bereits eroberten Kriegesgefangenen in Geld oder Natura.
2. Wiedergutmachung aller durch die Zentralmächte an privaten oder öffentlichen Eigentümern verursachten Schäden und Vandalenverbrechen durch die Zentralmächte.
3. Entschädigung für alle verwundeten oder getöteten Kriegerpersonen.
4. Die Kriegskosten müßten durch die Mittelmächte zu tragen und nicht an Belgien, Frankreich und Serbien zurückzuerhalten. Die öffentlichen und privaten Hofsvellen der Zentralmächte sollen zu dieser Zweckverwendung herangezogen werden und die Finanzen der Mittelmächte bis zur völligen Zahlung kontrolliert werden.
5. Elap-coupons werden an Frankreich zurückgegeben.
6. Die amerikanischen, chinesischen Gebiete fallen an Italien.
7. Die unter türkischer Herrschaft stehenden besetzten Gebiete fallen unter die Schutzherrschaft der Alliierten.
8. Die Dardanellen kommen unter Kontrolle der Alliierten.
9. Serbien, Albanien, Rumänien und Griechenland erhalten jene Gebiete, deren Bevölkerung nach Rasse, Sprache und nationaler Bestimmung zu ihnen gehören.
10. Polen, Tschechien, Serbien und Jugoslawien werden unabhängig und alle Gebiete umfassen, welche in der Mehrheit von Polen, Tschechen-Slowaken und Jugoslawen bewohnt sind.
11. Schleswig-Holstein wird über eine hinlängliche Verfassung bestimmt. Luxemburg wird unabhängig oder ist an Belgien oder Frankreich angeschlossen entsprechend den Wünschen seiner Bevölkerung.
12. In Rußland wird die Ordnung wieder hergestellt. Wladimir wird getrennt, welche das Land gegen jede deutsche Ausbreitung sichern sollen.
13. Die deutschen Kolonien werden nicht zurückgegeben.
14. Der Kanal von Kiel und Helgoland wird unter Kontrolle der Alliierten gestellt.
15. Die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest werden aufgehoben.
16. Die Kriegskosten der Mittelmächte werden den Alliierten ausgeliefert.
17. Die Zentralmächte werden dem Weltfrieden ein Ende zu machen und die feindlichen Gebiete bis zur völligen Wiederherstellung und Bezahlung der geschuldeten Summe.
18. Nicht nur der Kaiser, sondern alle für den Krieg und für die Verletzung der Haager Konvention verantwortlichen Personen werden vor Gericht gestellt und bestraft.
19. Internationale Schiedsgerichte und Liga der Nationen.
20. Internationale Schiedsgerichte und Liga der Nationen.
21. Kontrolle der Rohmaterialien durch die Alliierten bis zur Aufnahme der Mittelmächte in die Liga der Nationen.

Revolution in Bulgarien?

Budapest, 18. Dez. In Bulgarien soll eine Revolution ausgebrochen sein. Arbeiter und Bauern greifen die englischen und italienischen Besatzungstruppen an und machen sie größtenteils nieder. (?)

Zum Ausstand in England.

Rotterdam, 18. Dez. Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ aus London ist der Streik in der Baumwoll-Industrie in Lancashire so gut wie beigelegt. Die Arbeit wird noch vor Weihnachten aufgenommen werden. Die Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 20 Prozent auf die Durchschnittslöhne.

England und Polen.

Warschau, 18. Dez. Die englische Regierung wird einen Gesandten für Polen ernennen. (Der deutsche Gesandte wurde aus Polen ausgewiesen, um dem englischen Platz zu machen. D. Schr.)

Rebmann über die politische Lage in Baden.

Karlsruhe, 18. Dez. Aus der Zentralvorsitzung der Nationalliberalen Partei in Berlin machten laut „Kannh. Gen. Anz.“ die Ausführungen des Geheimrats Rebmann aus Karlsruhe, der die Parteientwicklung in Baden schilderte, sehr starken Eindruck. Herr Rebmann führte aus, daß nach Aufhebung des bad. Großbunds die Nationalliberalen sich mit den bürgerlichen Parteien zu vereinigen versuchten. Von den früheren Großbündlern her bestanden noch gute Beziehungen zur Sozialdemokratie. In Baden sei daher der Umsturz unter dem denkbar geringsten Reibungen erfolgt. Im ganzen Ministerium besinde sich kein Unabhängiger, das Ministerium sei in der Mehrzahl vertreten und die Führung ruhe durchaus bei dem bürgerlichen Lager. Der Mann, der den besten geistigen Einfluß hat, ist ein Nationalliberaler, der Oberbürgermeister Dietrich aus Konstanz. In Baden herrsche nicht die Zahl, sondern der Geist. In den letzten drei Monaten vor der Revolution seien die Verhandlungsbemühungen unter den bür-

gerlichen Parteien immer gegängig. In der Revolution habe dann die Beziehung der bürgerlichen Parteien untereinander ganz aufgehört. Nur ein radikaler Flügel der Fortschrittlichen Volkspartei mache darauf eine Ausnahme. Die Fortschrittler hätten sich dem Programm des badischen Bauernrats reiflos eingefügt und sich so stark gemacht auf der Reichsseite: Bauernpolitik, Schutzoll, gesunde Kirchenpolitik und nationale Politik. Ferner haben sie einen scharfen Strich gegen die Sozialdemokratie gezogen. Für Baden sei die Hauptfrage: Bürgerliche oder soziale Republik.

Karlsruhe, 17. Dez. Das stellv. General-Kommando gibt bekannt: Nach Mitteilung des Kriegsministeriums in Berlin ist es vorgekommen, daß die zum Transport von Gefangenen kommandierten Militärpersonen zwangsweise entwaflnet worden sind. Es wird darauf hingewiesen, daß derartige Kommandierungen im Einvernehmen mit den zuständigen Soldatenräten geschehen und daß solche unüberlegten Handlungen eine neue Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit sich bringen können. Bei Kriegsgefangenen besteht die weitere Gefahr, daß sie bei Wegfall der Bewachung versuchen werden, auf eigene Faust die Grenze zu erreichen und daß dies von unseren Feinden als Bruch der Waffenstillstandsbedingungen angesehen werden kann.

Mülheim (Baden), 18. Dez. Im Laufe des gestrigen Nachmittags kamen über die Rheinbrücke bei Mülheim etwa 50 Familien, insgesamt gegen 200 Köpfe aus dem Elsaß an. Es handelte sich um Beamte und Altbürger aus Mülhausen im Elsaß, die mit nur 30 kg Gepäck ihren Wohnort verlassen mußten. Auf dem Abtransport wurden sie von der Zivilbevölkerung verhöhnt und mit Steinen beworfen. Die Behandlung war die denkbar schlechteste. Die Ausgewiesenen wurden in Mülheim und Umgebung vorläufig untergebracht. Eine Kommission mit Regierungsrat Keller und Bürgermeister ip-Neuenburg an der Spitze, sorgt für Rat und Unterkunft. Weitere Transporte von Ausgewiesenen sollen folgen.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Dez. (Vorbereiten für die neue Verfassung.) Die prov. Regierung hat eine Kommission für Ausarbeitung eines Entwurfs der württ. Landesversammlung einberufen, die gestern, laut „Neues Tagblatt“, zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. Die Kommission wählte zum Vorsitzenden den Landtagsabg. Keil-Stuttgart, zum stellv. Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Elias-Stuttgart; es gehören ihr weiter an: Professor Dr. von Blume an der Universität in Tübingen, Landtagsabg. Engelhardt-Stuttgart, Landtagsabg. Feuerstein-Stuttgart, Gemeinderat Fischer-Stuttgart, Regierungsdirektor von Dierck-Stuttgart, Landtagsabg. Hornung-Heilbronn (Amt) und Landgerichtsdirektor Walter-Ellwangen. Die Sitzung fand in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Eberhard statt.

Stuttgart, 17. Dez. (Das Wahlrecht der Nichtwürttemberger.) In einem Schreiben an die württ. Landesregierung hat der Stuttgarter Bürgerrat diese auf die letzte Wahlverordnung aufmerksam gemacht, wonach auch Nichtwürttemberger das Recht haben zur Landesversammlung zu wählen. Der Bürgerrat hält diese Bestimmung für unsozial, als die übrigen deutschen Staaten den dort wohnenden Württembergern das gleiche Recht nicht eingeräumt haben. Er verlangt daher von der Regierung die nochmalige Erlaubnisnahme zu dieser Frage, da es sich offensichtlich um eine Verletzung der engeren Volksgenossen in ihren Rechten handle.

Stuttgart, 17. Dez. (Die württ. Industrie zur wirtschaftlichen Lage.) Eine stark besuchte Versammlung des Verbands württ. Industrieller, die heute im Stadtpalais stattfand, hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Ueber tausend Vertreter der Industrie Württembergs haben einstimmig erklärt, daß Deutschlands wirtschaftliche Zukunft abhängt von raschster Schaffung reicher Arbeitsmöglichkeiten durch Abschluß eines Friedens, der die Einführung von Rohstoffen und Rohstoffen und die Ausfuhr fertiger Waren der deutschen Volkswirtschaft sichert. In Erreichung dieses Ziels fordern die Industriellen Württembergs die vorläufige Landes- und Reichsregierung auf, mit starker Hand für innere Ordnung zu sorgen, alle aberwichtigen Experimente vom Wirtschaftsleben fern zu halten, die keine gesunde Weiterentwicklung vernichten müßten zum Schaden nicht nur der Millionen deutscher Arbeiter, sondern des ganzen deutschen Volks, dagegen alles zu fördern, was den Frieden und damit Arbeit und Brot fördern kann. Die Versammlung fordert gleichzeitig die Industrie des Landes auf, in wahrhaft sozialem Geiste an der Weiterentwick-

lung im Innern unseres Vaterlands mitzuarbeiten, um das Verhältnis zwischen Unternehmern, Angestellten und Arbeitern auf dem Boden eines auf den Grundsatz der Gleichberechtigung beruhenden Arbeitsrechts zu stellen und durch gemeinsame Anspannung aller in der Industrie mitarbeitenden Kräfte unser schwer bedrohtes Vaterland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten.“

Stuttgart, 17. Dez. Das stellv. General-Kommando gibt bekannt: Nach Mitteilung des Kriegsministeriums in Berlin ist es vorgekommen, daß die zum Transport von Gefangenen kommandierten Militärpersonen zwangsweise entwaflnet worden sind. Es wird darauf hingewiesen, daß derartige Kommandierungen im Einvernehmen mit den zuständigen Soldatenräten geschehen und daß solche unüberlegten Handlungen eine ernste Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit sich bringen können. Bei Kriegsgefangenen besteht die weitere Gefahr, daß sie bei Wegfall der Bewachung versuchen werden, auf eigene Faust die Grenze zu erreichen und daß dies von unseren Feinden als Bruch der Waffenstillstandsbedingungen angesehen werden kann.

Stuttgart, 18. Dez. (Der Papiergeld diebstahl.) Wie sich jetzt herausstellt, sind es nicht weniger als 12480 20 Markscheine, also nahezu 250000 Mark, die aus der Buchdruckerei Greiner und Pfeiffer gestohlen worden sind.

Leonberg, 17. Dez. (Großer Verlust.) 2600 Mk. hat ein Geschäftsmann aus dem hinteren Amt verloren. Ein Kunder hat sich bis heute noch nicht gelbet.

Ludwigsburg, 17. Dez. (Die Heimkehr der Mannen.) Der Kommandeur des Mannen-Regts. 20, Major Gleich, hat in einem Schreiben an den Stadtvorstand den Dank des Regiments für die reiche Gelddividende ausgesprochen. Einst als Regiment der Königin Charlotte angezogen, den 21. im Auge, und den festen Glauben an den Sieg in der Brust, müße es nun unter so veränderten Verhältnissen von den verschiedenen Kriegsplätzen in einzelnen Teilen zurückkehren. Major Gleich sprach, wie wir der „Ludw. Zeitung“ entnehmen, zugleich im Namen des Regiments den Bericht aus auf einen feierlichen Einzug bei dieser so lehrreichen Rückkehr, zumal die einst Mitangezogenen, soweit sie noch vorhanden seien, mit wenigen Ausnahmen bis zum Zeitpunkt der Rückkehr nach Ludwigsburg entlassen sein würden.

Ludwigsburg, 18. Dez. (Truppenheimkehr hr.) Das württ. Reg. Art. Regt. 64 trifft am Samstag hier ein und wird um 3 Uhr nachmittags auf dem Marktplatz empfangen. Die Unterbringung erfolgt in Alvers, Tamm und Biffingen.

Waldhausen, OA. Weizheim, 17. Dez. (Einbrüche und kein Ende.) In der vorletzten Nacht wurde hier in mehreren Häusern eingebrochen. Den zwei Dieben, von denen einer ein Seitengewehr und einen Knüttel zurückerhielt, fielen Eier, Fleisch, Mehl, Döbel und Stiefel in die Hände. Die Gauer, die unerkannt entkommen sind, wollten noch in weitere Wohnungen eindringen. Die Unsicherheit auf dem Lande nimmt immer mehr überhand.

Kalen, 18. Dez. (Kandidaturen.) Der Bezirksausschuß der Zentrumspartei brachte als Kandidaten für die Landesversammlung den seitherigen Landtagsabg. Feil-Göppingen und für die Nationalversammlung den Reichstagsabg. Volk-Rottenburg für den Zentrumswahlzettel in Vorschlag.

Ravensburg, 18. Dez. (Zentrumskandidat.) In einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei wurde Rechtsanwalt Dr. Hepp-Ravensburg als Kandidat für die württ. Nationalversammlung aufgestellt.

Sigmaringen, 18. Dez. (Für unsere Krieger.) Die k. h. h. Hofkammer stellt die Schlösser Achberg, Hohenfels, Straßberg, Paigelloch, Blatz für die Unterbringung und Erholung verwundeter und kranker Kriegsteilnehmer und bei Wohnungsnot zur Verfügung.

Mochnang, OA. Ravensburg, 17. Dez. (Zubehörspende.) Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Papierfabrik Gebrüder Müller hat der Geschäftsführer Roland Müller den Arbeitern und Angestellten eine Stiftung von 20000 Mk., der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde eine solche von je 1500 Mark überwiesen.

Fahplanänderung. Vom 20. Dez. ab fällt der Zug Pforzheim vorm. ab 6.50 Wildbad an 7.42 bis auf weiteres Wertens aus. Dagegen verkehrt an Wertens ein Zug Pforzheim ab 7.56, Wildbad an 8.48 vorm.

Die Veränderungen auf der Nagoldbahn geben wir morgen bekannt.

Druck- und Verlags- u. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Oberamt Neuenbürg.

Kohzucker zur Kunstmöhlbereitung.

Dem Komunalverband ist eine kleine Menge Kohzucker zur Kunstmöhlbereitung zugewiesen worden, der Preis für das Pfund wird etwa auf 1 Mark kommen.

Haushaltungsbeamte, die derartigen Zucker nötig haben, können ihren Bedarf beim (Stadt-)Schultheißenamt anmelden.

Die (Stadt-)Schultheißenämter haben die Anmeldungen entgegenzunehmen, zu sammeln und mit einer Bescheinigung darüber, daß der Zucker von dem Besteller auch tatsächlich zur Herstellung von Kunstmöhl dringend benötigt wird, bis spätestens 22. ds. Ms. hierher vorzulegen. Bei der geringen Menge von Zucker können nur dringende Besuche Berücksichtigung finden.

Den 12. Dez. 1918. D. N. Gaiser.
Anmeldungen des Zuckerbedarfs wollen bis spätestens nächsten Samstag auf dem Weidamt gemacht werden.
Wildbad, den 17. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Bogner.

Benachrichtigung

der heimkehrenden Kriegsteilnehmer.

Die Stadtgemeinde beabsichtigt, die heimkehrenden Krieger in einer öffentlichen Feier zu begrüßen und zu bewirten.

Die Krieger werden gebeten, sich am kommenden

Samstag, den 21. ds. Ms.

nachmittags von 2-6 Uhr

im Sitzungssaal zu melden.

Die Witwen der gefallenen Krieger wollen sich ebenfalls melden, sofern sie sich an der Feier beteiligen wollen. Andernfalls erhalten sie durch die Stadtpflege den städt. Beitrag von 10 Mk. mit der nächsten städt. Unterstützung lautbezahlt.

Wildbad, den 17. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: Bögner

Closset-Papier

empfehlen Robert Greiber.



Die 3. Lokalausstellung

findet am 25. und 26. Dezember im Lindensaale statt.

Die Anmeldungen zur Ausstellung sind bis spätestens Sonntag, den 22. Dez. beim Unterzeichneten zu machen.
Der Vorstand: Carl Kometsch.

Druck-Arbeiten jeder Art liefert rasch und billig
B. Hofmann'sche Buchdruckerei.

